

Nachkriegszeit 1945 bis 1949 in Gechingen

von Fritz Roller - Gechingen

Anfang Mai 1945 kam eine französische Einheit in den Ort, die ungefähr zwei Wochen lang hierblieb. Am Ortsausgang beim Haus Bierle wurde später ein Schlagbaum errichtet. An der Markungsgrenze nach Deufringen stand ein weiterer, der die Grenze zwischen der französischen und der amerikanischen Zone bezeichnete. Da einige Landwirte sowohl hüben als auch drüben Felder bewirtschafteten, erhielten sie sogenannte Passierscheine, die in verschiedenen Sprachen ausgestellt waren. Von Mai bis Ende Juni durfte die Gemeindeverwaltung nicht arbeiten. Die Besatzungsmacht regierte und befahl. Im Mai mußten alle Rundfunkgeräte, zusammen 184, von der Musiktruhe bis zum selbstgebauten Detektor, abgeliefert werden, außerdem 17 Fotoapparate. Sämtliche Waffen, Gewehre, Pistolen, auch Teile davon, sowie Munition, insgesamt 185 Stück, kamen am 26.5.1945 zur Ablieferung. Jede Familie hatte am 20.6. abzugeben: einen Zivilanzug, bestehend aus Rock, Weste, Hose und Hut, ein Hemd mit Kragen, zwei Taschentücher, eine Unterhose, ein Paar Socken, eine Krawatte, ein Paar Schuhe. Alles mußte sich in gutem Zustand befinden. Zum gleichen Zeitpunkt wurden Bücher und Illustrierte mit nazistischem Inhalt eingesammelt.

Auch später forderte die Militärregierung noch so einiges, wie Rathausanschlüge aus dieser Zeit beweisen: 18.10.1946: „Es wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Butterfässer und Zentrifugen sofort auf dem Rathaus abzuliefern sind. Stichproben in den Häusern durch die Militärregierung sind möglich. 19.10.1946: „Den säumigen Eierablieferern wird eine letzte Frist gegeben. Die Strafe beträgt 4 RM für jedes nicht abgelieferte Ei. Heute Abend ist von jedem Geflügelhalter je ein Ei pro Henne abzuliefern.“ 30.4.1947: „Auf Anordnung der Militärregierung muß die Heuablieferung sofort durchgeführt werden. Es wird restlose Ablieferung verlangt. Jeder landwirtschaftliche Betrieb, auch solcher ohne Vieh, hat 30 kg Heu oder 50 kg Stroh abzugeben.“

17.5.1947: „In Anbetracht der großen Not

wurde die totale Ablieferungspflicht für Kartoffeln angeordnet. Von jedem Ar Anbaufläche müssen mindestens noch 1 kg abgeliefert werden.“ 12.6.1947: „Laut Mitteilung des Gouverneurs ist ab sofort das Backen von Kuchen und Kleingebäck verboten.“ Selbstverständlich mußte der hier einquartierte Kommandant gepflegt werden, unter anderem bekam er vom Mai bis Juni 1945 32 Mittag- und Abendessen. Die Truppen wurden mit Holz und Heu beliefert. Für die Versorgung der Bevölkerung im Landkreis waren anfangs nur 40 % der Brot-, Butter- und Fleischproduktion freigegeben. Die Vieh- und Getreideabgaben waren deshalb hoch, und die Bewirtschaftung ging verstärkt weiter. Auch die Lebensmittelmarken blieben in Kraft. Jeder Erwachsene hatte vom 16. bis 30. September 1946 Anspruch auf 4500 g Brot und 240 g Fleisch. Die Lebensmittelmarken wurden am Anfang des Monats ausgegeben, jedoch wurden die Marken jeweils in „Zuteilungsperioden“ aufgerufen, die je nach Versorgungslage kürzer oder länger sein konnten, ebenso wich die Art und Menge der zugeteilten Lebensmittel oft erheblich voneinander ab. Im Laufe der nächsten zwei Jahre wurde die Versorgung immer schlechter. 1947 und Anfang 1948 herrschte überall Mangel: Januar 1948, 110. Zuteilungsperiode: Zucker 125 g, Nahrungsmittel 250 g, Fett 12,5 g, Fleisch 100 g, Brot 1750 g.“ Das Fett, 12,5 g, reichte gerade, um zwei Brotschnitten zu bestreichen. Im November 1948 war die Fleischration auf 75 g in der Woche zusammengeschrumpft, Wurst inbegriffen. Erst ab 1949 verbesserte sich die wirtschaftliche Lage, und die Lebensmittelkarten konnten nach und nach abgeschafft werden. Doch zurück in das Jahr 1945. Am 30. Juni erschienen bei dem noch amtierenden Bürgermeister Schmidt zwei Vertreter des antifaschistischen Kreisvertrauensrat Calw. Sie hatten den Auftrag, in unserer Gemeinde einen Vertrauensrat zu bilden. Nach Beratung und Abstimmung wählte man einen Rat mit neun Mitgliedern. Die Landwirte waren durch fünf, die Gewerbetreibenden durch zwei und die

Arbeitnehmer ebenfalls durch zwei Mitglieder vertreten. In einer anschließenden Beratung der Vertreter von Calw und Gechingen wurde dem nicht teilnehmenden Bürgermeister Schmidt einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Der Rat erwartete aber, daß alles, was an die Nazi-Partei erinnerte, verschwinde. Dann wählte man noch eine Dreimannkommission für die Viehablieferung an die Militärregierung. Am 14.8.1945 wurden alle Bürgermeister des Kreises nach Calw berufen. Kapitän Frénot, Gouverneur der Militärregierung, sprach über die Ernährungslage, die Rückführung der verschleppten Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und Umquartierten, außerdem über das Transportwesen und die Beschlagnahmen. Er erklärte, daß für das deutsche Volk ein in jeder Beziehung sehr schwerer Winter bevorstünde. Der Kreis hätte ab sofort wöchentlich 60 Stück Schlachtvieh zu liefern. Auf unsere Gemeinde entfielen als erste Umlage 10 Stück Großvieh. Als Bürgermeister Schmidt wieder zu Hause war, erfuhr er telefonisch, daß mit dem Vieh auch 5 Fahrräder abzugeben waren. In Althengstett war die Ortskommandantur, der auch Gechingen unterstellt war. Es handelte sich um die 8. Kompanie des Inf. Reg. 126. Der Kommandant befahl, bis 1.10. 50 Raummeter Holz zu schlagen und nach Althengstett zu bringen. Dazu waren zwei Arbeitsschichten mit je 12 Mann an 8 - 10 Tagen notwendig. Das Holz schlug man im Oberen Heiligenwald. Überall im Kreis Calw war in ähnlicher Weise Holz zu schlagen und abzuliefern.

Für die dort in Quartier liegenden Truppen mußten 100 Wolldecken nach Teinach gebracht werden. An die Kommandantur in Ostelsheim waren zu liefern:

Am 5.8.: 350 kg Kartoffeln, 150 Eier, 15 kg Butter, 5 kg Zwiebeln, 50 kg Gemüse, 2 kg Malz, 4 kg Fett, 1 kg Knoblauch und 5 Schafe.

Am 20.10.: 40 Ztr. Kartoffeln, 60 kg Erbsen, 50 kg Linsen und ein großer gußeiserner Ofen.

Am 5.9.45 wurde der Fabrikant Emil Wagner von den Franzosen zum ersten Landrat der Nachkriegszeit für den Kreis Calw ernannt. Wie einst der Amtmann war er total abhängig, aber

für alles zuständig, sowohl für die Sicherung der Ernährung und die Versorgung mit Wirtschaftsgütern als auch für den Verkehr. Außerdem hatte er die ehemaligen Landes- und Reichsbehörden, wie Post und Bahn, zu leiten. Die Zonengrenze sollte außer dem Personen- auch den Güterverkehr sperren. Gerade im Kreis Calw, der ja im Grenzbereich lag, gab es dadurch in vielen Bereichen unerträgliche Mangelzustände. So fanden bald trotz strikten Verbots Kompensationsgeschäfte über die Zonengrenze hinweg statt. Als Tauschgüter wurden Lebensmittel, Holz, Spirituosen, Textilien und feinmechanische Erzeugnisse eingesetzt.

Der im Schießerrain gebaute Luftschutzstollen sollte auf Anweisung der Militärbehörde gesprengt werden, doch die Gemeinde vereinbarte, daß das Stollenholz im Quergang und im hinteren Eingang bis zur Gasschleuse ausgebaut wurde. Anschließend schüttete man die Eingänge zu. Eine Sprengung hätte mit Sicherheit einen Schaden an den umliegenden Gebäuden verursacht.

Durch schwere Wolkenbrüche waren einige Straßen so schlecht, daß Reparaturen sinnlos erschienen. Im September bezeichnete Bürgermeister Schmidt den Ausbau der Kanalisation als vordringliche Aufgabe der Zukunft. In der gegenwärtigen Lage gab es dazu allerdings keine Möglichkeit.

Im Zuge der „politischen Säuberung“ wurde Bürgermeister Schmidt entlassen und Wilhelm Gräber vom Kreis als neuer Bürgermeister kommissarisch eingesetzt, dazu wurde ein sechsköpfiges Gemeinderats-Komitee gebildet, das am 15.11.1945 erstmals zusammentrat. Diese Verwaltung blieb im Amt, bis die am 15.9.1946 durchgeführte erste demokratische Nachkriegswahl einen neuen Gemeinderat und einen neuen Bürgermeister brachte. Es war in dieser Zeit nicht leicht, allen Forderungen der Besatzungsmacht nachzukommen und diese gegenüber den Bürgern zu vertreten. Otto Weiß erklärte in seiner Antrittsrede am 1.10.1946: Es wird mein äußerstes Bestreben sein, stets unparteiisch zu sein und jedermann, ohne Ansehen seiner Person oder politischen Haltung, die gleichen Rechte, aber auch die

gleichen Pflichten einzuräumen.“ Ein Versprechen, welches er, wie seine späteren Wahlerfolge zeigten, auch gehalten hat. Die neue Verwaltung hatte gleich ihre erste Bewährungsprobe mit der Verteilung und Auswertung von Volkszählungsbogen zu bestehen. Die Zählung ergab 935 Einwohner, 31 seither Vermißte und 35 Kriegsgefangene hatten sich brieflich gemeldet. 1946/47 erlaubten die Militärbehörden den Vereinen wieder die Aufnahme ihrer Tätigkeiten. Noch im Laufe des Jahres gab es Landtagswahlen in der französisch besetzten Zone und eine Volksabstimmung über die Verfassung von Württemberg-Hohenzollern. Die neue Verfassung wurde mit 268 661 gegen 116 013 Stimmen angenommen.

Auch die Feldwege hatten unter dem Wetter so gelitten, daß der Gemeinderat im Juli 1946 beschloß, nach Artikel 173 der Gemeindeordnung Hilfsdienste anzuordnen. Leistungspflichtig war von jedem landwirtschaftlichen Betrieb eine Person. Sämtliche Pferde- und Ochsenhalter hatten Fahrdienst zu leisten. Drei Tage lang mußte ohne Entschädigung gearbeitet werden, für die Arbeit darüber hinaus wurden für die Stunde 60 Reichspfennig bezahlt.

Mit den Abgaben ging es weiter. Für 1947 waren 80 Schweine und 1 875 Doppelzentner Kartoffeln zu liefern, außerdem eine größere Menge weißer Bettwäsche. Erschwert wurde die Erfüllung der Quote durch das schlechte Wetter in jenem Sommer, Hagelschläge vernichteten Hafer und Gerste fast vollständig.

Aus den Orten und Städten des Umlandes zogen viele Bewohner zu Fuß in die Dörfer, manche sogar mit Handwagen, um Lebensmittel einzutauschen oder zu hamstern. Zur Erntezeit waren die Felder von Ährenlesern überlaufen, die auf diese Weise ihre Rationen erhöhten. Weitere Holzeinschläge wurden angeordnet im Gewann „Pfutsch“ und „Birkwald“. Die 39 Arbeiter der SAFT (Société Alsacienne d'Exploitations Forestières et de Transports - Elsassische Gesellschaft für Holzeinschlag und Transport) waren in Privatquartieren untergebracht. In der Küche im Gasthaus „Hirsch“, aus der diese Arbeiter gepflegt wurden, geschah am Freitag, den 21.11.1947, ein

Unglücksfall, bei dem eine junge Gechingerin das Leben verlor. Die Holzhauer kamen wie jeden Tag kurz nach 18 Uhr vom Wald nach Hause und nahmen im Speiseraum Platz. In der Küche nebenan wurde von der Hirschwirtin und drei Gehilfinnen das Essen gekocht. Ein zum Holzkommando gehörender 52-jähriger Mann aus dem Elsaß betrat vom Hof kommend die Küche. Er hatte ein Jagdgewehr in der Hand, dem er die Patronen entnahm. Er glaubte, das Gewehr sei nun entladen, legte zum Spaß den Lauf einer 22-jährigen Frau an die Hüfte und drückte ab. Ein Schuß löste sich, die Verletzte brach zusammen und starb trotz Operation im Calwer Krankenhaus.

Seit Jahrzehnten hatte es keine so schlechte Ernte gegeben wie im Jahre 1948. Die Hauptursache war das Fehlen von Düngemitteln. Auch die Obsternte ließ sehr zu wünschen übrig. Dagegen gab es viele Kartoffeln. Das unter Zwangsbewirtschaftung angebaute Gemüse war durch die schlechte Witterung völlig verdorben, es konnte nichts geerntet werden. Ein Lichtblick in diesem Jahr war das Wegfallen der Passierscheine, dadurch wurde der Verkehr zwischen den besetzten Zonen erleichtert. Als Start für eine neue Zukunft erwies sich die Währungsreform am 20.7.1948. Jeder erhielt ein „Kopfgeld“ von 40 DM. Die Sparkonten wurden 10:1 abgewertet.

Das Jahr 1948 endete mit Gemeinderats- und Kreistagswahlen. Bürgermeister Otto Weiß wurde mit Mehrheit wiedergewählt und am 5.1.1949 in sein Amt eingesetzt. Ein besonderes Problem war nun die Einweisung und Unterbringung von Flüchtlingen und Ausgewiesenen in leerstehende Zimmer und Wohnungen. Im Januar 1949 sollte die Gemeinde wieder 126 Personen aufnehmen. Da die Beschaffung von Bettzeug große Schwierigkeiten bereitete, kaufte die Gemeinde 23 Strohsackgarnituren beim Umsiedleramt. Wegen der Verlagerung der Hollerith-Werke (heute IBM) von Hechingen nach Sindelfingen/Böblingen benötigten die Mitarbeiter dieser Firma Wohnraum, den die Gemeinde Gechingen zur Verfügung stellen sollte. Es wurden dann etwa 50 Werksangehörige hier untergebracht. Dafür entfiel vorläufig die vorgesehene Aufnahme von Flüchtlingen. Zum Hollerith-Werk gelangten die

Arbeiter mit dem Postbus, der seit der Aufhebung des Passierscheinzwanges wieder regelmäßig verkehrte. Im Juni 1950 betrug die Einwohnerzahl 1035 Personen, davon 463 männliche und 572 weibliche, darunter 79

Kinder von 0-5 Jahren und 150 von 6-14 Jahren, 62 waren Jugendliche von 14-18 Jahren. Gechingen hatte 282 Haushalte. Auf ein Wohngebäude kamen durchschnittlich vier Personen.

ooooo000000ooooo

Gemeinde Gündringen
Kreis Horb.
=====

Aufstellung der Requisitionen von französischen Truppen während der Besetzung vom 17. April 1945-bis-3. Mai 1945.

Name	Vorname	Beruf	Datum	Art	Gewicht.Menge	RM
1	Kiefer Katharina	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	100.-kg	==== 137.--
2	Schmider Cornelia	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	150.-kg	==== 215.50
3	Nisch Magdalena	Landwirtin	27.4.45	1 Schwein	130.-kg	==== 178.10-
4	Baumgartner Josef	Landwirt	4.45	1 Schwein		
5	Wink Faßnacht Pauline	Bäuerin Mühle		1 Schwein 1 Kalb Mehl -i Kummel	11. Reil.	===== 559.40
6	Klink Georg	Landwirt	26.4.45	1 Rind	450 kg	=====522.--
7	Klink Damian	Landwirt	26.4.45	1 Kalb	90 kg	=====140.--
8	Sturm Christian	Landwirt	25.4.45	1 Rindle	170 kg	===== 200.--
9	Faßnacht Pauline	Mühlebes.	2.5.45.	Mehl	462.5 kg	=== 175.75-
10.	Kienzle Albert	Landwirt	28.4.45	1 Kalb	75 kg	===== 112.50-
11	Zeeh Christian	Schafhalter	24.4.45.	2 Schafe	160.- kg	=== 160.--
12	Mock Josef	Landwirt	27.4.45.	300 kkg	Hafer	===== 60.--
13	Wimmer Maria	Witwe	25.4.45	Most	50 lt.	==== 20.--
14	Geißler Andreas	Gemdpflg.	27.4.45	Kartoffeln	200 kl	==== 16.--
15	Lohrer Konrad	Landwirt	27.4.45	Kartoffeln	300 kg	===== 24.--
16.	Löffler Heinrich	Landwirt	25.4.45	Kalb	90 kg	===== 102.60
17	Bernhard Stefan	Landwirt	23.4.45	Kartoffeln	125 kg	===== 10.--
18	Lohrer Daniel	Bäcker	20.4.45	Brot gebacken	115 Laib	= 11.50
19	Gertzki Tony	Gastwirtin	16.6.45	Brantwein	lt. 2	===== 16.--
20.	Fellmann Hans	Gutspächter	28.4.45	2 Rinder 2 Schweine		=====1354.--
21.	Baumgartner Katharina	Molkerei	vom 17.4.-3.5.45	Milch, Butter und Eier		==== 91.20 ===== 39.60

Dok. 15. Liste der Requisitionen in Gündringen vom 17. April bis 3. Mai 1945.

Heute gehört die Gemeinde Gündringen zum Kreis Calw.